Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monat. 2500 M., durch die Post 2500 M. ohne Zustell-Gebühr. Anzeigenpreis: Handelsteil: 1 S. Berufs-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Familienanzeigen, Vereinsanzeigen, Familienanzeigen, Vereinsanzeigen, Familienan

haltung zu helfen. Die Polizei wurde alarmiert, aber bis jetzt nicht zu. Eine große deutsch-völkische Demonstration begann jetzt mit einer Kundgebung vor dem Arbeitsgegebäude. Dort wurden deutsch-völkische Hetzreden gehalten. Unter den Rednern sprach ein sozialdemokratischer Bergarbeiterführer, der mit den Worten: „Ich bin ein Deutscher" begann und mit den Worten: „Ich stehe mit aus der Bergmannsschicht und wollen Rache haben". Er wurde leidenschaftlich die „Wacht am Rhein" gesungen und „Deutschland, Deutschland über alles". Nach der Kundgebung zog ein Teil der Demonstranten vor die französische Botschaft. Nach Angaben der Polizei „Wut" und „Rache" und „Kriegen" Kriegen mit Frankreich". Die Polizei verhielt sich passiv. Wären es Kommunisten gewesen, dann würden die Zeitungen davon berichten können, daß mehrere Tote auf dem Platze geblieben seien.

Der Segen der demokratischen Verfassung

Die monarchistischen Verbrecher werfen Severing Verfassungsbruch vor

Die parlamentarischen Vertreter der Deutsch-völkischen Freiheitspartei haben laut „L.-A." gestern abend an den Reichsminister des Innern einen Eingabe gerichtet, in der sie unter Hinweis auf die vom preußischen Minister des Innern Severing angeordnete Auflösung der Deutsch-völkischen Freiheitspartei den Reichsminister des Innern ersuchen, die sofortige Wiederzulassung Julassigkeit des Verbotes einer parlamentarischen Reichspartei durch den Minister eines Einzelstaates bei prüfen zu wollen. Der Eingabe wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Reichsminister des Innern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die verfassungsmäßigen Rechte der Reichstagsabgeordneten, die durch das Vorgehen des Ministers des Innern in Preußen aufs schärfste verletzt seien, wiederherzustellen und schützen werde. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion der Deutsch-völkischen Freiheitspartei haben durch ihren Strafrecht die Entlassung der in Haft befindlichen Mitglieder der Partei beantragt, da die Beschuldigungen der Hochverratsgefahr unbegründet und des Hochverrats nicht tatsächlich und Verdunkelungsgefahr und Flucht verdacht nicht vorlägen. Laut „Berl. Montagspost" konnte der für gestern in Aussicht genommene Empfang der Deutsch-völkischen Abgeordneten v. Graefe, Henninges und Wulle wegen der Erkrankung des Reichskanzlers nicht stattfinden.

•

Die Freiheit und Unverschämtheit dieser Eingabe zeugt von einem ziemlichen Kraftgefühl der deutsch-völkischen Helden. Nachdem die Wulle, v. Graefe, Henninges anfangs den Holzenden gestritten voll hatten, weil sie glaubten, daß gegen sie ein Haftbefehl vorliege, genommen sie jetzt, da sie Gewißheit, daß sie sie die Souveränitäten Phrasen gegen rechts als Theaterdonner erkannten. Jetzt können die Herren Monarchisten sich den Spaß erlauben, sich auf die Weimarer Verfassung zu berufen, die ihnen für die Durchführung ihrer Bestrebungen, die Verfassungsbruch-Partei sichern soll. Da die Beziehungen der Stinnespartei — also auch des Vertreters Cuno — zu den Faisisten bekannt sind, werden die Deutsch-völkischen wahrscheinlich noch Gilad mit ihrer Eingabe haben. Es gibt Leute, die Steuerbetrug, den Hammer des preußischen Gesetzbuches bereit zu halten.

Rosbach pocht auf seine Verbündeten

Die BS.-Korrespondenz veröffentlicht eine merkwürdige Erklärung Rosbachs, wonin es heißt:

„Das Ziel der Partei ist genau dasselbe, wie es Reichskanzler Cuno nach seiner in München Münchener Rede öffentlich bekannt habe: Befreiung Deutschlands vom fremden Joch („unser Ziel ist die Freiheit!"). Zur Herbeiführung dieses Zieles haben wir die Zählung der Deutschen Freiheitspartei mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um Mittel und Wege zu finden, wie sie am besten der Reichsregierung in ihm für aufgebrochenen harten Widerstand bei helfen können."

Diese Aufgaben bestehen sich tiefermeise auf Sechs Ansprüchungen mit den Rosbachleuten. Rosbach pocht darauf. Und Sieck: — schweigt. Der Fall ist klar wie das Sonnenlicht.

Verbot der „Roten Bayern-Fahne"

Die bayerische Regierung hat am 23. März unter Bruderzorn die „Rote Bayern-Fahne" auf vier Wochen verboten. Der Grund ist ein Artikel Cuno's, in dem in Aussicht ist es ein weiteres Gewalttat in der brutalen Unterdrückung der Kommunistischen Partei.

Der Krieg im Westen

Die Kriegsberichterstattung der bürgerlichen Presse

Zurzeit hat die bürgerliche Presse die Parole, den „Terror der Kommunisten" im Ruhrgebiet zu melden. Das ist notwendig, um erstens die deutsch-französischen kapitalistischen Verhandlungen zu verschleiern, das Treiben der Faisisten und der mit ihnen verbündeten Reichswehrgeschwaderfaisisten zu decken und den berüchtigten „Dolchstoß" zu fabrizieren.

Es ist es angebracht, daran zu erinnern, daß die Berichterstattung der bürgerlichen Agenturen einsichtlich des offiziellen WTB. an Glaubwürdigkeit alles übersteigt. Es ist bekannt, daß die Agenturen ausschließlich Wiedergabe einer Menge schauderhaften Einzelheiten, daß die Franzosen in Ruhr zwei Kriminalbeamte, Mahr und Kiele, erschossen und zwei Polizeiwachen, die gelamte nationalistische Presse heulte wild auf und forderte Abbruch der diplomatischen Beziehungen und offenen Widerstand.

Erst jetzt, nachdem die ganze bürgerliche und auch deutsche Zeitungen fängt den Schwindel richtiggestellt hatten, bequemte sich WTB. zu dem Geständnis, daß beide Schupobeamte noch unversehrt sind und daß es sich um einen Unfall handelt.

Dies eine Beispiel beweist wie die Meldungen an der Ruhr von den Faisisten inspiriert werden. Dementsprechend sind die Meldungen über „kommunistischen Terror" zu bewerten.

Wieder ein Bergmann erschossen

Der Bergmann Karl Stach wurde gestern auf der militärischen Strecke Karlsruhe-Rastatt-Mainz, die er, ebenfalls in Kommandosachen entgegen Bestimmungen zu überschreiten versuchte, von den französischen Bahnbewachte erschossen. Über die etwa die französische Wache von dritter Seite, nämlich deutschfaisistischer, provoziert worden.

Bauarbeiterstreik in Köln

In Köln treten am Donnerstag 10 000 Bauarbeiter in den Streik. Die Arbeiter sind die Unnachgiebigkeit der gewerkschaftlichen Unternehmer in der Lohnfrage. Die Gewerkschaftsbureaukratie erklärt den Streik als „mit". Die Gewerkschaftsbureaukratie will im Interesse der Aufrechterhaltung der nationalen Einheitsfront mit den Unternehmern den Streik durch Verhandlungen abwürgen. Die Streikenden sind jedoch einig und kampfentschlossen.

Arbeitslosenkundgebungen in Essen

In Essen sollen am 29. März die Franzosen angeblich die Gelder der Arbeitslosunterstützung beschlagnahmt haben. Kurz — die Erwerbslosen bekamen ihre Unterstützung nicht ausbezahlt. Darauhin gegen sie in einer Demonstration zum Rathaus und verlangten Anerkennung des Arbeitslosenrates und sofortige Auszahlung der Unterstützung. Unter dem Druck der Kundgebung bequemte sich die Stadtverwaltung zur Auszahlung der minimalen Unterstützungen an die hungernden Opfer des kapitalistischen Wirtschaftskrieges.

In Düsseldorf ruht auf den Rheinischen Metallwerken der Betrieb, weil die Franzosen 120 Millionen Lohngelder beschlagnahmt hatten.

Am Ende Weserhütt sind die Arbeiter im Streik, da die Franzosen immer noch Kohlen verladen.

Soldaten für die Streikenden in Lothringen

Metz, 24. März.

Die Verhaftungen der Streikenden werden fortgesetzt. Eine Reihe von Vertrauensmännern wurde am 18. März 8 Uhr abends in Metz verhaftet. Die Streikenden sind der „Humanité" und die „Volkstribüne" soll wegen ihrer Artikel zur Streikbewegung ein Strafverfahren eingeleitet werden. Die Stimmung der Streikenden ist gut.

Eine Kompagnie der 5. SCR.-Truppe in Moers, sowie eine andere technische Truppe haben der „Humanité" als Zeichen ihrer Solidarität mit den Streikenden und mit den kämpfenden Proletariat überhaupt größere Beträge als Ergebnis ihrer Sammlungen für die Streikenden eingeschickt.

Verhaftung von Parteiangestellten im Saargebiet. Die Saarregierung hat auf Grund der Ausnahmeverordnung nachstehender mehrere Parteiangestellte der KPD. verhaftet. Die Verhaftungen werden von Kriminalbeamtenbrecher behandelt. Auf dem Parteibureau werden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Man sucht nach Propagandaschriften und Belastungsmaterial für den erlichten Prozeß. Die Saarregierung scheint sich vorgenommen zu haben, auf Befehl der Franzosen und Konsorten, die in den Kommunisten ihre schlimmsten Gegner sehen. Um den Streik der Metallarbeiter niederzuschlagen, hat man auch das französische Gesetz zum Schutz der Republik, der Zuchthausordnung proklamiert, mittels derer die Saarregierung jetzt die KPD. zertrümmern will.

•

Höllein im Gefängnis

Paris, 24. März.

Unter dem Druck der kommunistischen Forderung wurde der Genosse Höllein in die politische Abteilung des Gefängnis überführt. Die Vertreter der KPD. haben ihn bereits im Gefängnis besucht. Sie berichten, daß er bei gesundheitlich wohl fühlt und mit Begeisterung die brüderlichen Empfänge spricht, der ihm im Gefängnis von den französischen Genossen zuteil wurde.

Gabriel Péri, ein Sekretär der Kommunistischen Jugend, wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet.

•

Zerfall der Sozialversicherung — Wucherfreiheit

In der Reichstagssitzung vom Freitag kam an erster Stelle die 2. und 3. Beratung des Gesetzes über die Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen.

Genosse Malzahn führte hierzu aus: Die Ausschußberatungen haben an einem schlechten Kompromiß gutreten, den die bürgerlichen Fraktionen und der sozialdemokratischen Fraktion auf Kosten der Versicherten geführt. Durch die Herausfissung des Grundlohnes auf täglich 14.00 Mk. und durch die Bestimmung von 2 Pro-ent Notzuschlägen würden die Krankenkassenbeiträge in Zukunft in Höhe von 10 Prozent von dem vollen Arbeitsverdienst berechnet. Demgegenüber treten die erhöhten Kassenleistungen aber erst nach Monatsfrist ein.

Weiter bringt das Gesetz starke Nachteile in der Wochenhilfe durch Verlängerung der Karenzzeit und Verkürzung der einzelnen Krankenkassen die Möglichkeit, das Statgeld herabzusetzen. Die durch diese Zerspliterung im Krankenkassenwesen bleibt durch die Erzielung von 5000 Betriebskrankenkassen, 1000 Innungskassen, 1000 Orts- und Landkrankenkassen und etwa 1000 Knappschafts- und Ersatzkassen zum Nachteil der Versicherten beseitigen.

Genosse Wallraph fordert die Sicherstellung eines bestimmten Prozentsatzes der Versicherungsmittel für die nichtversicherungspflichtigen Aufgaben in Bezug auf Wochenhilfe und allgemeines Gesundheitswesen, ferner die Ausschaltung der Krankenversicherung auf alle Nichtversicherungspflichtigen Angestellten, Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Sozial- und Armenrentner auf Kosten des Reiches, die Aufbringung der Mittel für alle diese Aufgaben durch eine energische Besteuerung des Besitzes.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion wurden von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie abgelehnt und das Kompromißgesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Bei der dann folgenden Beratung des Etats für Ernährung und Landwirtschaft sprachen sich die bürgerlichen Parteien gegen die Verbesserung der Getreideumlage aus und der Reichsminister Luther stimmte den Ausführungen der Abgeordneten Rademacher über den katastrophalen Rückgang der deutschen Volksernährung der Beseitigung der Getreideumlage zu. Während die Sozialdemokraten sich durch einen Antrag Steiner, Hoch für die Beseitigung der Umlage zu gewinnen suchten, forderten die Kommunisten eine Erhöhung der Umlage.

In der Sonnabendsitzung stand erst noch eine Aenderung des Tabaksteuergesetzes zur Entscheidung. Genosse Koenen begründete dabei insbesondere den kommunistischen Antrag auf Beseitigung der Tabaksteuer, um so eine Verbilligung der Tabakfabrikate, eine Steigerung des Absatzes und damit eine Linderung der jahrelangen Massenarbeitslosigkeit im Tabakgewerbe zu erreichen. Außerdem wurde von uns beantragt, die aus den Zollerhöhungen resultierenden höheren Beträge der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen, mit den Sozialdemokraten zusammen mit den Bürgerlichen niederstimmt. Der sozialdemokratischbürgerliche Kompromißantrag auf eineinhalbjährige Unterstützung und Verlängerung der Zahlungen bei mehr als einjährigen Arbeitslosigkeit nach dem 1. April wurde angenommen.

Bei der sodann fortgeführten Ernährungsdebatte führte Genosse Hendemann aus, daß die Ernährungslage die Schicksalsfrage des deutschen Volkes sei. Das Wichtigste sei die Steigerung der Produktion, aber in der Einzelstatt und Andererseitsbrede des Ministers Lebite jeglicher energischer Anlauf zu entsprechenden Maßnahmen. Es müsse alles getan werden, um in jeden anderen Linie auf Kosten des notleidenden Volkes lediglich in ihre eigene Tasche. Um die Produktion der Landwirtschaft zu steigern, müssen die Technische Nothilfe und alle anderen Schikanen gegen die Landarbeiter entfernt werden. Wir brauchen eine Umstellung der ganzen Volkswirtschaft, der Landwirtschaft und Industrie, wenn wir nicht schon in nächster Zeit eine furchtbare Hungerkrisis erleben wollen. Unter heutigen Verhältnissen ist eine Verbilligung der Lebensmittel und keine radikale Bekämpfung des Wuchers zu erwarten. Wir fordern eine größere Intensivierung der Landwirtschaft, Stärkung des Kärnerbaues und Kleinbaues und von der übermäßigen Viehzucht. Millionen von Eiern gehen ins Ausland und in die Konfitüren oder Lüstefabriken. Die völlige Umstellung der Landwirtschaft wird sich nur unter der

Kontrolle der Arbeiterschaft

vollziehen können. Es müssen für die Landwirtschaft mehr Nahrstoffe, mehr künstlicher Dünger, mehr Maschinen, mehr Kohlen, überhaupt mehr Betriebsmittel erzeugt werden, um aus der eigenen Scholle die Lebensmittel herauszuholen, was herauszuholen ist. Unser Redner zerpflückte im übrigen die von den Rechtsparteien vorgetragenen Produktionsziffern der Landwirtschaft, die wohl mit 17,5 Prozent ihre ehemaligen Ziffern erreicht haben wollen, aber nicht daran denken, daß die 34,5 Prozent, die die Löhne noch den amtlichen Indexziffern in Frage kommen, nur einen Achtel- bis Viertelpreis zeitgerechtigen würden. Die Löhne sollen ein Drittel der Produktionskosten, ein Fünftel bis ein Zehntel der Weltmarktpreise, für die Produkte aber bereits Preise, die vielfach weit den Weltmarktpreis überschreiten haben. Die Landwirtschaft war im Frieden mit 25 Goldmillionen Hypotheken belastet und hat davon 20 Milliarden abgestoßen, den kleinen Rest in Papierscheinen vernichtet. Genosse Hendemann fordert zum Schluß die

Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes,

der gewerblichen Schlüsselindustrien, der Mühlen usw., sowie die Befreiung der Urproduktion aus den Fesseln des kapitalistischen Profitsystems überhaupt.

Um eine gründliche Einzelberatung der Ernährungsfrage zu hinterstellen, führten die Rechtsparteien die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei, da he so vollständige agrarische Sprachrohre der Regierung bereits in der Tasche haben.

Ehe sich das Haus über die Osterferien bis zum 11. April vertagte, kam es dann noch zu Lärmszenen, als der Abg. v. Graefe die Deutschvölkische Freiheitspartei verteidigte.

Preußischer Landtag

Sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront gegen bewaffnete Arbeiterwehren — „Wohlfahrts"schwindel

(Eigener Bericht)

Berlin, 24. März.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte, gewissermaßen als Nachklang der gestrigen Debatten, die Abstimmung über den kommunistischen Antrag, die konterrevolutionär-faisistischen Organisationen aufzulösen und die Partei zu verhaften, sowie Arbeiterwehrhundertschaften mit kantischen Mitteln und Waffen auszustatten. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit hat es abgelehnt, eine Besprechung des Antrages zuzulassen. Sie erklärten, nur wenn eine Besprechung nicht erfolgt, würden sie dafür sein, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Mehrheit hatte wohl bei der Festsetzung der Tagesordnung am Tage zuvor gehofft, unseren Antrag durch Ueberweisung an einen Ausschuß in ewiges Dunkel versenken zu können. Unsere Genossen bestanden nun aber auf Abstimmung, was die Sozialdemokraten sehr peinlich empfanden, da sie ja nun um eine offene Stellungnahme sich nicht herumdrücken konnten. Wie immer, wenn es um Interessen des Proletariats geht, marschierten SPD.-Führer mit den Bürgerlichen und stimmten gegen die Waffenrechtsansprüchen der Arbeiter und ihre Versorgung mit Geld und Waffen. Die Massen müssen diesen verräterischen „Führern" ihren Willen zur bewaffneten Tat gegen die Konterrevolution aufzwingen, noch besser, sie rücksichtslos aus ihre Erbärmen zur Seite schieben.

Weiterberatung des Wohlfahrtsetats.

Von den bürgerlichen Parteien sprachen eine Reihe von Frauen über Alkoholismus, sexuelle Aufklärung, Schulfragen, Jugendangelegenheiten usw. Frau Christmann von der SPD. verteidigte gegen einen Erlaß des Wohlfahrtsministers, der die Prügelstrafe in den Erziehungsanstalten zu [illegible]. Daraufhin machen private Erziehungsanstalten den Versuch, noch weitergehende Prügelstrafe zu erlangen. Ein ein Zentimeter dicker Stock zum Prügeln genügt manchem „Erzieher" nicht. Solche Erzieher sind nach der SPD.-Rednerin im Osten Berlins in Arbeiterquartieren untergebracht. Mittel für Kinderherte stehen nur zum geringsten Teile zur Verfügung. Trotzdem bewilligt die SPD. dem Wohlfahrtsminister das Geld.

Für die Kommunisten sprach

Genosse Gehrmann,

er nahm sich der Rentenempfänger, Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen und Sozialrentner an. Die Sozialrentner ist zusammengeschmolzen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Aber niemand im Landtag spricht von Arbeitslosenfürsorge. In Berlin erhielt im Januar nur der sechste Teil der Arbeitslosen die tägliche Erwerbslosenunterstützung. Für die Kriegsopfer verlangen wir, daß den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen 5 Mitglieder zur Linderung der Wohnungsnot überwiesen werden, ferner, daß die Kriegsstrüppel Brennstoffe frei ins Haus erhalten. Die Auszahlung bewilligter Nachschlägen wird den Kriegsrentnern oft monatelang verzögert. Die 42 000 pensionierten Offiziere erhalten zusammen eine viel größere Summe als das große Millionenheer der Kriegsopfer.

Das Heimstättenwesen

garantiert den Siedlern und Verkrüppelten keine Fürsorge und Hilfe. Oft leben Hunderte von Betten leer, indes Kranke zu Hunderte gehen. Für die Siedler ist es unerträglich, daß der vorlängst Genosse Gehrmann weiterziehende Weihnachtsmann.

Der Präsident hebig Vertagung des Landtags bis zum 11. April nach Genosse Gehrmann. Dadurch wurde der große kommunistische Sozialantrag auf den ersten Punkt der Tagesordnung der Sitzung vom 17. April gesetzt werde. Er tändigte an, daß bis zum Kommunistischen Ministerium Maßnahmen zum Kampf gegen die Faisisten fordern werde. Die Anträge der Kommunisten wurden vom Bürgerblock und den Sozialdemokraten abgelehnt.

Erwerbslosendemonstrationen in Sachsen. Am 23. März fanden vor dem Dresdner Landtagsgebäude große Erwerbslosendemonstrationen statt. Die Menge machte den Versuch in das Gebäude einzudringen und setzte es schließlich durch, daß eine Kommission in das Landtagsgebäude eingelassen wurde.

Ausland

Bergarbeiterstreik in Steiermark. Im neuen Wert der Alpinen Montangesellschaft (Eisenerz) in Steiermark ist ein Streik ausgebrochen, weil die Direktion bei der Wiederaufnahme die früher Entlassenen nicht berücksichtigen will. Die Arbeiter des Werkes erklären sich mit den nicht Aufgenommenen solidarisch erklärt. Seit Ausbruch des Streiks wurde eine Verstärkung von Gendarmerie nach Eisenerz kommandiert.

Blutige Demonstration in Budapest. Die ausgesperrten Metallarbeiter hielten am 22. März jedes massenhaft besuchte Versammlungen ab, nach deren Beendigung über 10 000 Arbeiter gegen die innere Stadt zogen. Der Zug schwoll durch sich sich anschließenden neuen Mengen zur größten Arbeiterdemonstration seit der Niederwerfung der proletarischen Diktatur an. Die Masse zog mit den Rufen: „Hochhe Revolution! Hoch der Genosse Kolanyi!" vor dem Gelang der Arbeiterunterstützung vorbei. Hier wurde die Polizei mit blanktem Säbel angegriffen werden. Ein Jugendlicher wurde wegen eines auf die Proletariatdiktatur ausgebrachten Hochrufs verhaftet. Ferner wurde vor der Redaktion des sozialdemokratischen Organs und auf verschiedenen Punkten der Stadt wurden zahlreiche Arbeiter schwer verletzt und verhaftet.

Kampf gegen den Lohnabbau in England. Der Bund der britischen Zäuerstoffarbeiter hat heute auf die Weigerung der Arbeitgeber, eine zehnprozentige Herabsetzung der Löhne anzunehmen, sämtliche Kontrakte mit Wirkung zum Freitag gekündigt. Von dieser Kündigung werden nahezu 60.000 Arbeiter betroffen.

Warnung!

Wir warnen vor einem gewissen Beck, der vor 14 Tagen aus dem Gefängnis Bamberg entlassen wurde. Er verbüßte dort eine 2jährige Strafe wegen einer politischen Verbrechens und anderer perfidierner Delikte. B. hat nach seiner Entlassung bereits wiederum einige Genossen betrogen. Da die Annahme besteht, daß er auch in unserem Bezirk seine Schwindeleien versuchen wird, wird ausdrücklich vor ihm gewarnt. Ein etwaiges Auftauchen des Beck in unserem Bezirk ist der Bezirksleitung sofort zu melden.

Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101923032 6-16/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Zur Arbeitszeit der Landarbeiter

Der Deutsche Landarbeiterverband wendet sich im „Zeitzer Volksboten" vom 21. März unter der Ueberschrift „Kommunistische Irreführung" gegen Ausführungen, die in Nummer 4 der „Kommunistin" vom 15. Februar enthalten sind. Die „Kommunistin" schrieb:

„Der Deutsche Landarbeiterverband hat nur kurzem seine Einwilligung zu einer durchlöcherten, offiziösen Arbeitszeit auf dem Lande gegeben. Ebenfalls erklärte er sich damit einverstanden, daß die Frauen der Deputatarbeiter zwangsweise auf den Gütern arbeiten müßten."

Das sei eine „unerhörte Irreführung", erklärt die DVB.-Bureaukratie. Ferner wird betont:

„... daß der Deutsche Landarbeiterverband an keiner Stelle Verpflichtungen eingegangen ist, aber einzugehen beabsichtigt, die mit den angezogenen Behauptungen in Uebereinstimmung stehen ... Der Vorwurf, der Deutsche Landarbeiterverband habe sich auf eine angeblich unbefriedigende Lösung der Frauenfrage eingelassen, erscheint so niedrig und verleumderisch, daß wir uns aus Reinlichkeitsgründen hierzu einer Aeußerung enthalten."

Fürwahr, nicht sehr sachlich gebrüllt! Wir können versichern, daß die DVB.-Bureaukraten ganz entsetzlich Fersengeld machen, da sie bereits selbst einschlechte, welche Rolle sie spielen. Zweifellos hat derjenige, der dem „Volksboten" die Eingaben sandte, an den kurzlichen Dienstbetriebsentwurf, der bei dem DVB. abgeschlossen wurde, gedacht, oder auch an das Verhalten des DVB.-Gauleiters Schmidt in Mecklenburg, der zugleich sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter ist.

Der vom DVB. in Bayern abgeschlossene Manteltarif sieht vor, daß „in den Kreisarisen für ländliche Dienstboten eine entsprechende Nachtruhe zu vereinbaren ist". Dementsprechend ist § 8, in dem Tarif für Mittelfranken eine Nachtruhe in folgender Weise festgesetzt:

„Vom 1. November bis einschl. 1. Februar 10 Stunden, vom 1. März bis einschl. Oktober 9 Stunden, und soweit es wirtschaftliche und Naturverhältnisse bedingen, kann in der Zeit vom 16. März bis 15. September die Nachtruhe auf 7 Stunden verringert werden." Mit anderen Worten heißt das: die ländlichen Dienstboten können von Mitte Mai bis September nicht eine nur 11 Stunden, sondern 15 und 16 Stunden ausgebeutet werden.

Das Prinzip der einfündigen Arbeitszeit wurde auch in Mecklenburg bei den am 30. Januar 1920 abgeschlossenen Tarifen mit Füßen getreten. Es wurde dort festgelegt: für zwei Wintermonate 7 Stunden für zwei weitere 8 Stunden, für einen Monat 9 Stunden, für 2½ Monat 10 Stunden und für 1½ Monate 11 Stunden tägliche Arbeitszeit. Dazu können noch Ueberstunden vom Gutsbesitzer verlangt werden, bis auf die Monate, wo bereits eine tägliche Arbeitszeit festgesetzt ist. Bei einzelnen Kategorien, wie Melkfürsorger und Knechte, kommt noch eine weitere Stundenarbeit, eine tägliche Mehrarbeit von zwei Stunden noch Sonntagsarbeit hinzu. Dabei wird diese Ueberarbeitzeit nicht als Ueberarbeitzeit verzählt.

Beachtet man noch, daß die Deputatarbeiter als Lohn u. a. auch Land bekommen, das sie nach Feierabend bearbeiten müssen, so kommt meist eine durchschnittlich viel höhere als eine 11stündige Arbeitszeit heraus. Will dies ist in den vom DVB. abgeschlossenen Tarifen enthalten.

Nun zur Zusammenarbeit für die Landarbeiterfrauen. In Mecklenburg hat der Tarif am 1. Februar 1920 angeboten. Die beteiligten Landbindinder machten für einen Neudrucklauf des Tarifes zur Bedingung. Anerkennung der einfündigen Arbeitszeit in den Sommermonaten und Verpflichtung der Frauen der Landarbeiter zur Arbeitsleistung an vier Tage pro Woche. Um einem Kampf auszuweichen und trotzdem ... nichtsens zu einem Tarifvertrag zu kommen, hat die Gauleitung des DVB. in Mecklenburg daraufhin den Urtagrupen des Verbandes empfohlen, dieses Ultimatum zu unterschreiben. Es wurde bei dem neuabgeschlossenen Tarif Rechnung getragen, trotz der Einzelung der beteiligen DVB.-Mitglieder. Der zweiten Bedingung stellte die DVB.-Gauleitung entgegen, wenn der außerordentlich geschlossene Mitgliederbestand dann nicht zur zeitigen Bedeutungslosigkeit herabgesunken wäre.

Als ein Kurzarbeitsmittel wird im „Volksboten" von der DVB.-Bureaukratie angeführt, daß das Exekutivkomitee der Amsterdamer Landarbeiterinternationale sich für Einführung des Achtstundentages erklärt habe, jedoch unter Anerkennung der Schwierigkeiten für die Kommunist in einzelnen Ländern einen Arbeitstag bei zehn Stunden nicht überschreiten soll, fordere. Es wird dabei verwiesen auf die Ausführungen in der Märznummer des Verbandsorganes des DVB. In jener Nummer aber kommen zwei Sätze vor, daß der DVB. auch nur für die neunstündige Arbeitszeit kämpfen wolle. Im Gegenteil! Es wird erklärt, daß das Genfer Arbeitsamt bei seiner endlichen Stellung die Frage der Arbeitszeit in der Landwirtschaft auf die Tagesordnung setzt, die Gefreiste der Amsterdamer Landarbeiterinternationale sei deshalb beauftragt worden, „mit einem entsprechenden Ersuchen" an das Internationale Arbeitsamt heranzutreten.

Daß die DVB.-Bureaukratie einen Drosselerlaß gegen Sowjet-Rußland schreibt, ist verständlich, da wohl ihre Beziehungen zur Amsterdamer Internationale Liga so enge sind, wie die zu den deutschen Junkern.

Lohnabbau bei den Buchdruckern

Berlin, 24. März.

Das Zentralschlichtungsamt für das deutsche Buchdruckgewerbe hat durch gestrigen Schiedsspruch die unerträgliche Verschärfung der geltenden Tarifstöhne beschlossen. Dieser Schiedsspruch ist heute von den vertragschließenden Organisationen angenommen worden.

Soweit sind die Dinge also schon gediehen! Dem „Burgfrieden" zuliebe willigen die Unterhändler der Buchdrucker in den Lohnabbau ein. Denn nicht nur wird das Ansinken des Reallohnes bedeutet es, wenn trotz gesteigerter Lebenshaltungskosten die Papierlöhne gleich niedrig bleiben sollen

Die Buchdrucker müssen ebenfalls ohnehin mit den Löhnen am Schwanz. Die letzte Lohnerhöhung bekamen sie am 1. März. Das Maß betrug das von der „Neuen Zeitung" errechnete Existenzminimum 1 216 Mark. An der Woche vom 12. bis 18. März betrug es 161 317 Mark. Die Buchdrucker haben bei weitem nicht dieses Existenzminimum zum Lohn. Aber der Rekordsprung Preissteigerung (die zum heutigen Tage rund 10 Prozent beträgt) entwirrendes hätte auch der elende Buchdruckerlohn mindestens erhöht werden müssen. Doch die reformistischen Unterhändler der Buchdrucker mußten die Parole Cunos befolgen, der jetzt den Lohnabbau wünscht.

Dieser unerhörte Abschlag wird mit mathematischer Sicherheit eine Reihe örtlicher Bewegungen auslösen, denn auch die Buchdrucker müssen einen Lohn haben, bei dem sie noch existieren können — trotz „nationaler Einheitsfront" und „Burgfrieden".

Erfolge der KPD.

Am Vorjahre erhielten unsere Genossen 6 Mandate im größten Frankfurter Betrieb, den Adlerwerken; jetzt erhielt die KPD. 10 Sitze, die USPD. verlor 2 Sitze.

Bei Peterson & Mittelbach in Frankfurt a. M. ergab sich folgendes Resultat: 5 KPD., 2 USPD., 4 MSPD.; beim Hedderheimer Kupferwerk: 5 KPD., 8 MSPD.

*

Einen entscheidenden Sieg bei der Betriebsrätewahl haben die Kommunisten auf der Werft von Blohm & Voß, Hamburg, errungen. Von der Werft wurden im März 1921 nach der Märzaktion ähnliche Genossen gemaßregelt. Die KPD. hatte völlig Oberwasser.

Bei der am 22. März stattgefundenen Betriebsrätewahl, unter ganz klaren politischen Parolen der Kommunisten gegen die Burgfriedenspolitik der Amterbomer durchgeführt, wurden für die Liste der KPD. 4092 Stimmen abgegeben, während die Liste der USPD. nur 2934 Stimmen erhielt.

Unsere Genossen erhielten 13 Sitze im Arbeiterrat, die USPD. dagegen nur 9 Sitze. Früher war das Verhältnis 11 SPD.-Sitze und 10 KPD.-Sitze.

Vom Tage

Autounglück. Bei einem Autounglück in Friedrichshagen wurden der Besitzer des Wagens, ein in Berlin wohnender Franzose, schwer verletzt, seine Gattin getötet. Ein Bankdamer aus Wien wurde gleichfalls schwer verletzt, eine vierte Insassin leichter, der Chauffeur gerettet.

Furchtbarer Kindmord. In Regenwalde (Pommern) wurde bei Händler Kaipe, seine Ehefrau und ihr fünf Monate altes Kind in ihrer Wohnung erwürgt aufgefunden. Frau Kaipe war erdrosselt, der Ehemann die Kehle durchschnitten, das Kind erwürgt erstickt. Eine größere Summe ist geraubt. Auffällig ist, daß ein Amerikaner, der seit etwa sechs Wochen bei der Familie logierte, gestern mittag mit der Wohnung verlassen hat und seitdem nicht wiedergesehen ist.

Zusammenstoß. Havas meldet aus Düsseldorf, bei Gerolstein habe in der Nacht zum Sonntag ein Zusammenstoß zwischen einem aus Köln kommenden und einem aus Trier kommenden Zuge stattgefunden. Sechs Eisenbahnangestellte und drei Reisende seien verletzt worden.

Aus der Provinz

Betriebsratswahl auf Grube Leopold

Schwere Niederlage der USPD.

Nachdem die größten Betriebe der chemischen Industrie (nur das Leunawerk steht noch aus) bei den stattgefundenen Betriebsratswahlen fast nur Kommunisten gewählt haben, beginnen jetzt die Wahlen im Bergbau. Ueber die Wahl auf der Grube Auguste bei Witterfeld, wo nur Kommunisten gewählt worden sind, haben wir bereits am Sonnabend berichtet. Heute liegt das Ergebnis der Wahl auf der Grube Leopold vor. Es waren zwei Listen aufgestellt, Liste A (USPD.) und Liste B (KPD.). Stimmen wurden abgegeben für die Liste A 238 Stimmen (davon 73 Angestellte), für die Liste B 638 Stimmen (davon 16 Angestellte). Ungültig waren 6 Stimmen. Gewählt sind also 7 Kommunisten und 3 Anhänger der USPD. Bisher war im Betriebsrat ein einziger Kommunist. Also ein glänzender Fortschritt!

Um die Wahl war ein heftiger Kampf entbrannt. Die USPD. arbeitete mit den schofelsten Mitteln, um den Sieg an ihre Fahne zu heften. In einem Flugblatt preist sie ihre Kandidaten als die jenigen an, die die „sicherste Gewähr" bieten, daß die Interessen der Belegschaft nachdrücklich vertreten werden. Die Liste B rät sie nach Strich und Faden herunter; sie verstieg sich sogar zu der infamen Verleumdung, auf der Liste B stünden Kandidaten, die bei Mitbestimmung der Arbeiter Schikanen ausübten. Die Arbeiter sind aber auf diesen Schwindel nicht hereingefallen, denn sie kannten die Kandidaten als tüchtige Kollegen, und haben mit überwältigender Mehrheit die kommunistische Liste gewählt. Bravo!

*

Das Wahlergebnis in der Filmfabrik Wolfen

Abgegeben wurden 3626 Stimmen. Danon entfielen auf Liste 2 (KPD.) 2548 Stimmen, auf Liste 1 (USPD.) 880 Stimmen und auf Liste 3 (Hirsch-Dunckersche) 198 Stimmen. Es erhalten demnach 4 Betriebsräte: die Kommunisten 12, die USPD. 4, die Hirsch-Dunckerschen 1. Der bisherige Betriebsrat setzte sich zum überwiegenden Teile aus USPD.-Leuten zusammen. Also, auch hier ein entscheidender Schritt vorwärts!

An die Arbeiter des Leunawerks!

Gegenwärtig finden allenthalben die Betriebsratswahlen statt. Eine Reihe größerer Betriebe der chemischen Industrie aus den Bezirken Mitteldeutschlands haben bereits durch die Wahlen entschieden, daß sie mit der Arbeit ihrer bisherigen Betriebsräte zufrieden sind. Es haben also vielfach um die USPD.-Leute, die bei den bisherigen Betriebsratswahlen mit Hilfe der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten ihre Kopfe spitzte, muß verschwunden, denn gerade hier ist es, der meinetwegen das beigetragen hat, daß die Arbeiterschaft sich heute in einer so miserablen Lage befindet.

Wie anderwärts, wo USPD.-Betriebsräte „tätig" waren, herrschen auch im Leunawerk unerquickliche Zustände. Krämiten und Schikanen gehören zum täglichen Familienleben der Gefolgschaft. Die Leunagewaltigen glauben über die Arbeiter uneingeschränkt herrschen und sie nach alten Regeln der Kunst ausbeuten zu können, weil sie wissen, daß sie einen sehr gefügigen Betriebsrat haben, der bei allen bisten konnen. Arbeiter des Leunawerks! Das muß nun auch hier einmal anders werden! Es muß höchste Zeit, daß auch im Leunawerk andere Zustände geschaffen werden. Der bisherige Betriebsrat hatte weder Kraft noch Saft, sich gegen das Wüllerregiment der Leunaherren zu auflehnen, ja, man kann behaupten, er hat sich auch partiell an ihnen mitschuldig gemacht.

Die Betriebsratswahlen im Leunawerk stehen vor der Tür. In den nächsten Tagen sollen die Leunaer Arbeiter entscheiden, ob wie bisher weitergewurstelt, oder ob endlich auch einmal im Leunawerk eine Betriebsvertretung geschaffen werden soll, die, durchdrungen von echtem proletarischen Kampfgeist, den energischen Willen besitzt, den Frechheiten des kapitalistischen Unternehmertums ein entschiedenes Halt zu bieten. Noch regt sich nichts, was darauf schließen ließe, daß dem Betriebsrat neues pulsierendes Leben zugeführt werden würde. Der alte Betriebsrat hat seine Zeit entschieden halbe eingestellt, daß er in den letzten Moment selbst wieder präsentiert, um gewählt zu werden. Die Arbeiter des Leunawerks müssen deshalb sofort Stellung nehmen zur Wahl des Betriebsrats. Heraus aus der Reserve, es wird nun Zeit, daß etwas geschieht. Das Leunawerk muß wieder ein Vorposten der tätigsten deutschen Arbeiterschaft werden. Arbeiter, Genossen, nehmt Euch ein Beispiel an Euren Arbeitsbrüdern in Bitterfeld, Wolfen, Reinsdorf, Zörbig usw., die es verstanden haben, ihren Willen in die Tat umzusetzen. Machte ihnen nach, dann werden auch im Leunawerk andere Zustände Platz greifen.

Achtung, KPD.-Genossen vom Leunawerk!

Alle Parteigenossen werden aufgefordert, die für Dienstag, den 27. März, angesetzten Sitzungen zu besuchen. Diese Besprechung ist dringend notwendig. Wir verpflichten jedes Mitglied für den Besuch der Sitzung. Die Genossen melden sich um 7 Uhr an folgenden Stellen zur Information:

Halle und Umgegend: Lerchenfeldstraße 14 II, Zimmer 6, (Produktiv-Genossenschaft).

Merseburg und Umgegend: Merseburg (Buchhandlung der KPD.).

Bitterfeld und Umgegend: Merseburger Straße 14 (beim Genossen Joh Kuhlitz).

Parteibuch ist mitzubringen.

Restlos erscheinen!

Die Produktion in mitteldeutschen Braunkohlengebiet

3 Prozent Steigerung durch die Sonntagsschichten

Durch die Presse geht folgender Bericht:

Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug nach vorläufigen Ergebnissen die Rohkohlenförderung im Februar d. J. 8 294 904 To., die Briketterstellung 1 846 702 To., die Kokserzeugung 33 473 To. (Kormonat: Rohkohlenförderung 8 769 438 To., Briketterstellung 1 943 161 To., Kokserzeugung 37 185 To.) Die Rohkohlenförderung hat mithin gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 5,5 Prozent, die Briketterstellung um 5 Prozent und die Kokserzeugung um 10 Prozent erfahren. Der Februar hatte 24, der Januar 26 Arbeitstage. Die arbeitstägliche Produktion betrug beispielsweise im Februar an Rohkohle 345 375 To., an Briketts 76 946 To., an Koks 1395 To. (Kormonat: Rohkohle 337 286 To., Briketts 74 737 To., Koks 1400 To.) Auf die arbeitstägliche Produktion bezogen macht sich für Rohkohle eine Steigerung um 2,4 Prozent, für Briketts um 3 Prozent und für Koks ein Rückgang um 2,5 Prozent bemerkbar. Die Steigerung der arbeitstäglichen Produktion an Rohkohlen und Briketts ist darauf zurückzuführen, daß im Hinblick auf den durch die Ruhrbesetzung verursachten Ausfall von Steinkohlenbrennstoffen die Gruben des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues Produktionsüberschichten an Sonntagen verfahren. Im Februar des Vorjahres betrug die Rohkohlenförderung 6 915 393 To., die Briketterstellung 1 458 917 To., die Kokserzeugung 31 097 To. Gegenüber dem Februar des Vorjahres machte sich mithin eine Steigerung um 20 Prozent für Rohkohle, 27 Prozent für Briketts und 4,9 Prozent für Koks geltend. Da der Februar des Vorjahres gleichfalls 24 Arbeitstage hatte, gelten diese prozentualen Steigerungssätze auch für die arbeitstägliche Erzeugung. Diese starken Erhöhungen gegenüber dem Februar des Vorjahres führen sich auf die großen Ausfälle zurück, die im Februar 1922 infolge des Eisenbahnerstreiks zu verzeichnen waren.

Der Absatz an Rohbraunkohlen im Berichtsmonat eine gewisse Wiederbelebung. Diese wurde durch den schlechten Geschäftsgang gewisser Abnehmerindustrien infolge der Ruhrbesetzung und der Reparationsleistungen verursacht. Die Briketterzeugung geriet nicht, um die Anforderungen voll zu befriedigen. Der Grubenkoks fand glatten Absatz.

Das Herrnen an ungelernten Arbeitskräften war infolge des schlechten Geschäftsganges gewisser Industrien bedeutend. An Tiefbauarbeitern bestand nach wie vor Mangel.

Die Steigerung der Rohkohlenförderung um ganze 2 Prozent durch Verkürzung von Sonntagsschichten ist ein glatter Mißerfolg für die Rufer nach diesen Ueberschichten. Daraus geht hervor, daß die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter die Sonntagsschichten abgelehnt hat. Denjenigen aber, die die Sonntagsschichten durchgeführt haben, sei gesagt, daß mit dieser Mehrleistung niemand geholfen ist; nur die Grubenbarone profitieren daraus. Trotz der Sonntagsschichten ist im Februar ein Rückgang der Rohkohlenförderung um 5,5 Prozent eingetreten.

Kapitalistisches Gerause

Die Zuckerindustriellen machen in moralischer Entrüstung. Sie verlangen Preisaufschläge, weil die Regierung den Preis für Zucker auf 81 000 festsetzt, wie verlangt, auf 90 000 Mark festgesetzt hat.

Die wahnsinnige Preissteigerei bei Zucker hört die Interessen Kartoffelhandels. Gestern Kartoffel ist Kalle in Scale. Die Kartoffelhändler haben bei gegen die Erhöhung der Zuckerpreise auf mehr als das Doppelte eine Protestundgebung arrangiert und Kartoffel erklärt, daß sie für eine Preisaufschlag bei den Regierungsbeschlüssen unechörten Preisen nicht abgeben werden. Die Regierung redet täglich von Preisabbau, sie lehnt die Gehalts- und Lohnaufbesserungen ab; baut geht es sehr schlecht, ein so wichtiges Nahrungsmittel, wie den Zucker, so unerhört zu verteuern.

Das ist eine sehr verdiente Kritik, aber schließlich taubsalgen sich die Kartoffelhändler nur an der Nase, die sie sich selbst drehen. Der kapitalistische Handel ermöglicht die Konsumenten ebenso mit dem Wucherteil wie die kapitalistischen Produzenten.

Zürbig. Die Holzarbeiter wählen kommunistisch!

Bei der am 24. März stattgefundenen Wahl zum Verbandstag wurden für unseren Genossen Nikolaus zu Stimmen und für den USPD.-Kollegen Günther 6 Stimmen abgegeben.

Delitzsch. Die außerordentliche Kartellsitzung

beschäftigte sich eingehend mit dem letzten Stahlhelmkandal und der notwendigen Selbstschutzorganisation der Arbeiter. Die Vertreter der einzelnen Delegierten, Betriebsräte, Gewerkschaftsvorstände und sonstigen Arbeiterfunktionäre sprachen ihre Empörung darüber aus, daß unter anderem auch Lehrer und Schulleute für eine solche Sache gegen den Willen ihrer Kollegen und ihrer Leute haben wenig Ursache, den besagenden Kleiden Steigbügel zu halten und den Nationalismus zur Unterdrückung der berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen in den Sattel zu helfen. Der Schutzmann Klassen hat in Zivilkleidung besonders wird mit einem Zeitschlager gegen die Arbeiterschaft gewütet. Es ist die Frage offen, ob derartige „Schulleute" nicht direkt im Gegentheil ihre Pflicht tun? Die Arbeiterschaft ist sich auch reiflich überlegen, ob sie noch Leute, wie den Händler Hänel, noch weiter unterstützt, die dann zum Dank dafür zu den Feinden der Arbeiter schwenken. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiter, wenn dazu Anlaß gegeben, aus den Arbeiterorganisationen auszuschließen sind. Es gibt immer noch welche, „die nicht alle werden". Sie lassen sich von Leuten wie Stahlhelmführer Schulleiter Hänel und Konsorten haben eine ganz bestimmte nationalistische Tendenz, worauf immer noch Arbeiter hineinfallen. Sämtliche Funktionäre Kommen für Schaffung eines Arbeiterselbstschutzes. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Richtlinien für den besagenden Selbstschutz-Organisationen anfordern und Verbindungen herstellen soll. Die gesamte Arbeiterschaft muß den ganzen Ernst der Lage erkennen und sich mit eisernem Willen für den Selbstschutz Disziplin unterordnen, ehe es zu spät ist. Unter Punkt 3 wurde beschlossen, 15 Mk. pro Kopf der Gewerkschaften an die Kartellkasse noch vor der Wiederbeschlußfassung zur Deckung der Unkosten bei den Revolutionsfesten. Die Gewerkschaften, welche noch mit ihren Kartellbeiträgen im Rückstande sind, müssen solche schnellstens entrichten. Der Gedanke ist so minimal, daß jede Gewerkschaft mit Leichtigkeit schnell und pünktlich zahlen kann. Zum Schluß wurde noch aufgefordert, vollzählig Sonntag vormittag um 9 Uhr bei der Jugendweihe zu erscheinen und ebenso bei der Abendveranstaltung, bei der neben dem anderen reichlichen Programm der allgemeinen Wunsch nach einem „Dantons Tod" aufgeführt wurde.

Aus der Jugendbewegung

An alle Mitglieder der KJ.!

Heute gelangt an alle Ortsgruppen ein sehr wichtiges Rundschreiben zum Versand. Fordert von Euren Gruppenleitungen, daß es sofort verlesen wird.

Die meisten Ortsgruppen haben die Reichskonferenzsätze noch nicht abgerechnet. Jeder Jugendgenosse muß dafür sorgen, daß seine Gruppe sofort abrechnet.

Die Bezirksleitung der KJ. Halle-Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101923032 6-16/fragment/page=0003

Halle und Saalkreis

Gegen militärischen Drill in den Schulen

Schule und Militär haben immer einander in die Hände gearbeitet. Eine Militärdienstpflicht besteht nicht mehr, dafür will man die Schulen zu militärischen Drillanstalten umbauen. Dieser Plan geht von den reaktionären Parteien, deren Vertreter Rektor Kindermann über ist, aus. Er hat im Einvernehmen mit der hiesigen Schulverwaltung den Unterrichtsplan für die Jungen, besonders 6 Turnstunden einführen zu dürfen. Sogar die Spielstunden sollen im Interesse des militärischen Turnens beseitigt werden. Rektor Kindermann weiß als Pädagoge so genau, daß es der kindlichen Natur ganz zuwider ist, nicht zu spielen. Während dem Ersatzlosen das Spiel nur eine vorübergehende Unterhaltung, eine Zerstreuung bietet, ist es den Kindern das Leben selbst. Das Spiel entwickelt bei den Kindern: Gemeinsinn; es erzieht zur Unerbittlichkeit, zur Ausdauer, zur Nachsichtigkeit, Aufmerksamkeit, zum Unterdrücken aufbrausender Launen, zur Nachsicht des Kindes, zur Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der künftigen Bürger. Das Turnen im Sinne Kindermanns stellt eine Ueberbürdung der Schuljugend dar. Turnen ist Arbeit. Beim Spiel dagegen denkt das Kind an seine Schule, an seine Arbeit, indem zunächst es sich auf dem Platze herum, nicht gebrückt von quälenden Gedanken. Durch das Herumlaufen kommt das Blut in schnellere Zirkulation, die gerade dem kindlichen Alter außerordentlich wert ist, wenn es sich um Gesundheit handelt. Durch die Bewegungsspiele, bei denen ja meistens das Schreien obligatorisch ist, wird aber auch die Atmung kräftiger, die Lungen werden gebläht. Durch die kräftigere Atmung wird lebendig die eigene Körperwärme erhöht und damit die Lebenslust und Lebensenergie gesteigert. Es ist Pflicht der Schule, die Pflege der Spiele zu übernehmen, die ihre erhebende Frage zu tragen, gleichzeitig auch neue politsätzliche Spiele einzuführen.

Vor allem müßte Kindermann dafür eintreten, daß das Kindertrend beseitigt wird. Das ist eine Forderung, die Einführung weiterer Zusatzturnen, jenseits durch Einleitung von Lebensmittelverbilligungsaktionen, durch informatischen und rationellen Ausbau der Jugendfürsorge, durch Beseitigung des gottverfluchten Systems, das das Elend verursacht.

Hierzu wird uns noch geschrieben:

Kindermann meint, es gehe um zu imponieren und jeden Widerspruch von vornherein zu unterdrücken, die Notwendigkeit zahlreicherer Turnstunden durch ärztliche Gutachten zu erbitten. Dann aber kann es keinen Zweifel mehr lassen, daß man nicht so, daß man ärztliche Gutachten bekommen kann wie Marme Semmeln? Oder sollte auch er wirklich vergessen haben, daß man die arbeitende Bevölkerung während des Krieges 4. Jr. auf Grund ärztlicher Gutachten zu Tausenden bei lebendigem Leibe zu Tode hungerte und Kohlrüben-Ernährung übersiegen wollte? Nein, Herr Kindermann, heute hatte sein denkender Proletariat mehr so naiv wie damals. Wir wissen ganz gut, daß ärztliche Gutachten stets nicht mehr wert, sobald er nur die zwei Wörter „Kammerjäger Gutachten" und „Gesundheitsamt" hört. Man bestellte vom Halle mit der Entgegnung, daß ärztliche Gutachten, die zur Entmündigung der Jugendgroße unbedingt nötig ist. Wovon soll sich das man Aufbau irgendwie Jugendwerk aufbauen, wenn dem Körper nicht die ärztlichen Gutachten durch gute und ausreichende Nahrung zugeführt werden? Unsere Kinder brauchen erst Brot und dann Turnen! Nicht umgekehrt. „Kann man auch Zeugnisse von den Turnen?" Wenn man ferner bedenkt, daß diese einseitige Verschärfung der Körperkultur nur auf Kosten anderer notwendiger Bedürfnisse geschehen kann, so ist klar, als ob Herr Kindermann der Meinung ist, die Schule habe ihre Pflicht erfüllt, wenn sie die Proletarierkinder zu wahren Krüppelkörpern erzieht d. h. zu recht tüchtigen Arbeitern zum Ausbeuten. Was braucht je ein Arbeiter zu lernen? Nur so viel, wie er eben braucht. Aber gerade vom revolutionären Proletariat gilt das Wort jenes alten chinesischen Weisen: „Das wird der Sieg sein, der das Wissen hat".

Wir erwarten, daß die Eltern und die Elternbeiräte geschlossen gegen solche Experimente, die ganz unnützerweise die Gesundheit

Die Vertreterversammlung der Konsumvereine und das „Musterstatut" des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Das ganze sogenannte „Musterstatut" abzudrucken, ist nicht gut möglich. Wir beschränken uns deshalb auf die Wiedergabe der wichtigsten Bestimmungen unter gleichzeitiger Anführung der von uns zu Beschlüssen gestellten Abänderungsanträge.

In dem Musterstatut des Z. d. K. sind als Organe der Genossenschaft vorgesehen: 1. die Vertreterversammlung, 2. der Genossenschaftsrat (Mitgliederausschuß), 3. der Aufsichtsrat, 4. der Vorstand.

Obwohl dieses sogenannte „Musterstatut" einen Genossenschaftsrat als Körperschaft vorsieht und ihm Befugnisse zuweist, die zum Teil über die Befugnisse der Vertreterversammlung hinausgehen, fehlt in dem sogenannten „Musterstatut" jedes Wort über die Art der Wahl des Genossenschaftsrates.

§ 12 sieht vor, daß die Rechte der Mitglieder durch die Vertreterversammlung ausgeübt werden sollen.

§ 13 bestimmt, daß die Vertreter in unmittelbarer geheimer Wahl nach dem Grundsatze des Verhältniswahlsystems gewählt werden.

§ 14 schreibt vor, daß der Besitz der Genossenschaft einen einheitlichen Wahlbezirk bilde, der 5 in Genossenschaftsbezirke gliedert; diese sollen durch die Verteilungsstellenbezirke gebildet werden. Hierbei ist zu verfahren, daß ein Stimmbezirk keinesfalls mehr denn 5 Verkaufsstellen umfassen darf.

Das Wahlverfahren.

§ 15 schreibt vor, daß die einzelnen Vertreter auf drei Jahre gewählt werden und läßt die Zahl offen, für wie viele Mitglieder ein Vertreter in Frage kommen soll. Demgegenüber ist unser Antrag, die Bestimmung zu setzen, daß die Wahl der Vertreter einleitung auf ein Jahr erfolgt. Weiter ist zu verlangen, daß bei Genossenschaften bis zu 30000 Mitgliedern auf je 100 Mitglieder ein Vertreter entfällt. Wird die Zahl von 100 um 50 überschritten, so ist für diese ein weiterer Vertreter zu wählen.

§ 17 schreibt vor, daß die Wahl vom Vorstand und Aufsichtsrat geleitet werden soll, die theoretisch wieder Gewissen als Wahlvorstand mit der Vorstande der Wahlbandlung in den einzelnen Stimmbezirken beauftragen. Hierzu ist zu fordern, daß Vorstand und Aufsichtsrat für jeden Stimmbezirk Wahlkommissionen aus drei Mitgliedern bestimmen, die nicht der Verwaltung der Genossenschaft angehören dürfen. Die Wahlkommissionen bestimmen ihre Vorsitzenden selbst.

§ 18 regelt die Wahlzeit, und zwar schreibt er vor, daß die Wahl der Vertreterversammlung aller drei Jahre innerhalb vier Monate nach der ordentlichen Vertreterversammlung stattfinden soll. Das bedeutet, daß die eigentliche Wahlzeit der Mitglieder überhaupt nicht zur Geltung kommt! Wir fordern deshalb: die Wahl findet alljährlich spätestens zwei Wochen vor Stattfinden der ordentlichen Vertreterversammlung statt, die nach dem Schluß des Geschäftsjahres angehalten wird. Dadurch wird erreicht, daß die Vertreterversammlung tatsächlich das Bild der Stimmungsfähigkeit und ihre Meinungen am Jahresschluß widerspiegelt.

§ 19 verlangt, daß Vorschlagslisten für die Wahl spätestens zwei Wochen vor dem Wahltage beim Wahlleiter einzureichen sind. Wir müssen demgegenüber fordern, daß die Frist zur Einreichung von Vorschlagslisten am acht Tage verlängert wird, also bis acht Tage vor der Wahl.

§ 20 regelt die Art der Aufstellung der Vorschlagslisten. Das Verfahren ist dermaßen verwickelt und kompliziert, daß seine Anwendung ganz und gar ausscheidet, und jedem alles bezweifeln, jede Opposition innerhalb einer Konsumgenossenschaft unmöglich zu machen. Demgegenüber ist zu fordern: Die Vorschlagslisten sind nach Vor- und Zunamen, Stimmbezirk, Wohnung und Mitgliedsnummer zu bezeichnen.

Die Vorschlagslisten sind von mindestens 5 Wahlberechtigten zu unterzeichnen.

§§ 21 bis 26 regeln die Wahlhandlung. Es ist zu fordern, daß auf Zitten nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen ist.

§§ 27 bis 28 regeln die Feststellung des Wahlergebnisses und die Mitteilung an die Gewählten.

Geschäftsordnung der Vertreter-Versammlung.

§§ 30 und 31 bestimmen, daß die Vertreter-Versammlung in der Regel vom Aufsichtsrat oder Vorstand zu berufen ist. Eine Vertreter-Versammlung muß ohne Verzug berufen werden, wenn der zehnte Teil der Genossen in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe dies fordern. In dieser Weise haben auch nur die Mitglieder die Anfrühjung bestimmter Gegenstände zur Beschlußfassung verlangen können.

Diese Bestimmung des Musterstatutes bedeutet die Rechtsverkürzung der Mitgliedschaft in ihren Gesamtheit. Wir müssen demgegenüber fordern: Die Vertreter-Versammlung wird von ihrem Vorsitzenden oder vom Vorstand oder Aufsichtsrat berufen, wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich erscheint.

Sie muß ohne Verzug berufen werden, wenn 2 Prozent Genossen in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe dies fordern oder der 5. Teil der Vertreter einen solchen Antrag stellen. In gleicher Weise können die Genossen und Vertreter auch die Anfrühjung von Gegenständen zur Beschlußfassung verlangen.

§ 34 sagt, daß ordentliche Vertreter-Versammlungen stattfinden sollen nach Ablauf des Geschäftsjahres zur Beschlußfassung über die Bilanz und in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres zur Vornahme der Wahl für den Aufsichtsrat.

Dazu ist zu fordern: Außerordentliche Vertreter-Versammlungen sind jederzeit zu berufen, wenn dieses im Interesse der Genossenschaft erforderlich erscheinen.

(Siehe auch fünfte Seite.)

K.P.D.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

Sitz Halle,
eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
Lerchenfeldstraße Nr. 14.

Betriebsleitung für Halle-Merseburg: Hermann A. Kaffe, Lerchenfeldstraße 14. Bezirksleitung: Kurt Kaffe, Lerchenfeldstraße 14. Bezirksleitung: Fritz Tönnis, Halle, Kanzlei: Lerchenfeldstraße 14.

Freitag, den 30. März 1923, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal des „Volksparks":

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Genehmigung der Bilanz und Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns.
3. Wahl eines neuen Statut ausscheidenden Vorstandsmitgliedes.
4. Wahl eines freiwillig ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes.
5. Wahl von zwei laut Statut ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Wahl von zwei freiwillig ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern.
7. Änderung der Statuten (§§ 5 u. 7.).

Halle, den 26. März 1923.

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.
J. A.: Georg Schumann. J. A.: Oscar Fiedler.

Wir suchen
für eine neuentwickelnde Dauerei für die Herstellung von Dreh- und Fräser-Futteralen aus Blechmetall, Hartmann, Galalith, pp., in der Hauptsache für Industrie u. Elektrotechnik, einen jüngeren, intelligenten
Dreher.
Derselbe muß einschlägige Erfahrung besitzen und in der Lage sein, die Maschinen (Automat-Drehbank) für die angeführten Artikel einzurichten und evtl. auch Werkzeuge als hierzu herzustellen.
Wir bitten um Angebote mit genauer Darlegung der bisherigen Tätigkeit, des Alters, des früheren Arbeitsstätten usw. unter Kl. 1077 an die Expedition dieser Zeitung.

Stadt-Theater.
Dienstag, abends 7½ Uhr:
Die Zauberflöte.
Mittwoch: 1110
Der Sonnenflürmer

Spendet für die Rote Hilfe!

Selbsttätige
d. h. sauerstoffhaltige Seifenpulver zerstörende Wäsche. Nehmen Sie daher nur sauerstoffreies Seifenpulver
Schneekönig
*175

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlungen

Kaufe dauernd jeden Posten
Kanarien-Weibchen
sowie Papageien
zu hohen Preisen.
Reise wird vergütet!
W. Schulle, Halle a. d. S.,
Poladowskistraße 16, I. 1108

Regattes
1112
gute Qualitäten, vornehme Muster, Bademäntel-Fertigkeit
Kl. Berlin 2

Damenhüte
1111
reizende Neuheiten u. unglaublich billig im Preis
im
Modenhaus Leissner
Lindenstraße 53,
Ecke König- u. Merseburger Str.

Alle Parteischriften
wirbelt die Volksbuchhandlungen

Zugendschriften
empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Zeitungsträger
für Plesse a. d. E. zum 1. April gesucht, wie Fahrerin auf der Strecke Plesse-Salfenberg. Zu melden bei Herrn Pompsch in Plesse.

Zeitungsträger(in)
für Düben a. M. zum 1. oder 15. April gesucht. Aber nur gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei B. Eiboldt, in Düben.

Familien-Nachrichten

Sportklub „Adler" von 1895.

Nachruf.
Am 22. März 1923 verschied unser Gründungs- und Ehrenmitglied, Sportkollege
Friedrich Kresche.
Durch seine 29jährige, unermüdliche Tätigkeit in unserem Vereine ist ihm ein bleibendes Andenken gesichert.
1109 Der Vorstand.

Allgemeiner Konsum-Verein :: für Halle u. Umgegend ::
e. G. m. b. H.
Donnerstag, den 29. März 1923, abends 7 Uhr, im „Volkspark":
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über das 1. Geschäftshalbjahr 1922/23.
2. Verschmelzung des Allgem. Konsumvereins Scherben.
3. Statuten-Aenderungen.
4. Anträge der Mitglieder.
Der Aufsichtsrat. Fr. Hoffmann. Otto Müller.
NB.: Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. 1087

Die technische Nothilfe als Klassenwaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat.
Mit vielen Illustrationen.
Preis nur 500 Mk.
Zu beziehen durch die Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14, und deren Filialen.

Bekanntmachung.
Der Herr Präsident der Reichsarbeitsverwaltung hat am 17. November 1922 und am 10. Januar 1923 Verfügungen über Bestimmungen und tarifliche Bestimmungen für Streik und Aussperrungen erlassen. Die Verfügungen erinnern daß alle Arbeitgeber sowie auf die öffentlichen Betriebsverbrechungen und wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und haben Wirkungskraft vom 1. 1. 1923 ab. Bezüglich der in Halle und dem Saalkreis gelegenen Betriebe und Betriebsteile sind die Meldungen und hinsichtlich Verstöße auf Vordrucken an das „Städtische Arbeitsamt Halle, zwischen Kreisarbeitsamt bei Sandstraße", Halle, Burgenstraße 2, Zimmer Magistrat, einzureichen. Zuständig sind die auszuführenden Behörden und die Bedrucke gegen Besprechung der Schlichtung erhältlich.
Halle, den 23. März 1923. 1107
Der Magistrat.

KPD. Ortsgruppe Löbejün.
Am Freitag, den 23. März, veranstaltet und dem Gesamtbetriebsrat gewerkschaftlich bei Löbejün der erste 28jährige Parteigenosse *176
Karl Gaul.
Es ist das Opfer des Sozialistischen und verbrecherischen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems der kapitalistischen Profitsucht geworden. Die Partei verliert in ihm einen der tüchtigsten Genossen und einen unerschrockenen Kämpfer. Die Arbeiterschaft wird ihm Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am morgigen Dienstag nachm. 4 Uhr statt. Die Ortsgruppe erwartet eine zahlreiche Beteiligung.

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Zu-Inserenten

Alle Drisgruppen der KPD.
die Versammlungen vornehmen, und deren Drucksachen benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230326-16/fragment/page=0004

Nr. 72. — 3. Jahrg. Beilage

Klassenkampf

Halle, 26. März 1923

Halle und Saalkreis

Halle, den 26 März 1923.

Jugendweihe

Der gestrige Sonntagmorgen vereinte eine gewaltige Menschenmasse im großen Saale des „Zirkusparks", die zusammengeströmt war, um die Schar der schulentlassenen Knaben und Mädchen, die in die Reihen der klassenbewußten Kämpfer des Proletariats eintreten, willkommen zu heißen. Schon lange vor 10 Uhr war kein Platz mehr zu bekommen, alle Gangeseitenplätze waren besetzt, selbst auf Tischen, Dampfheizungskörpern usw. nahm man Platz. Die Bühne war mit Blattpflanzen und anderem Grün geschmückt, über ihr prangte das rote Banner mit Sichel und Hammer.

Unter dem Geleitspruch „Brüder! Zur Sonne, zur Freiheit" marschierten die so Weihenden und die Kindergruppe in den Saal. Der Streichchor betrat die Bühne, und ein Lied „Am Grunde der Kindheit" zu Gehör. Dann bot die Kammermusik, bestehend aus zwei Geigern, einem Baß, einem Cello und einem Flügelspieler, die „Heimlich aus der Fremde" des Chansonniers von Weyden, und darauf das Largketto aus der 2. Sinfonie von Beethoven. Der Genuß der Musik war um so reiner, als die tadellose Disziplin der Zuhörer nicht die kleinste Störung aufkommen ließ.

Den Höhepunkt der Feier bildete die Weiherede des Genossen Schumann. Das Leben — so führte er aus — werde ihnen viele große Enttäuschungen bringen; dem einen früher, dem anderen später. Da müßten sie eben versuchen, ihre die beste Seite abgewinnen und nach Heinrich Heine — den Kopf recht hoch tragen. Sie müßten mit erkennen, um Ton des Wegs, der vorwärts zur Menschheit. Eine neue Umgebung, ein neuer Wirkungskreis tut sich ihnen auf, Eltern, Geschwister, die Gespielen der Kindheit werden abgelöst von den neuen Arbeitsgenossen, den Mitschülern, den Gesellen und Meistern. Noch kennen sie die neuen Gesichter nicht, die älteren Lehrlinge und Gesellen, noch wußten sie nicht, ob sie ihnen sympathisch sein werden und mitarbeiten können an der Besserung des Loses des Proletariats. Da ist es nun ihre Pflicht, sie zur Solidarität zu ziehen. Denn es ist nicht das erste Mal, daß Klassenkampfer Lehrlinge, die Eltern, wenn sie gleichgültig seien, zu Kämpfern heranbilden durch ihr Beispiel. Sie sollten der Gefahr sich bewußt sein, die darin liege, daß man durch Spiel, Plage und Entbehrungen abstumpfen könne, daß mit Mut und Eifer dagegen und nie im Kampf erlahmen. Mancherlei Centnersorgen aus den Schule, wie: Jeder ist keines Gleichen Schmied — tüchtig vermaten, daß Jeder ein Führer Gleichen bringe und den einzelnen herausnehme aus der Masse. Das sei nicht so leicht. Die Entwicklung komme bald. Nur im Zusammenschweißen aller Kräfte liegen die Erfolge, wenn die Kindergruppen zu Kämpfern. Der Redner warnte dann besonders vor übler Verwendung der Freizeit, vor dem Aufgehen in Tanz, Lichtspiel, Zigarettenrauchen und besonders Geschlechtsverkehr. Wenn die Frau Zeit verbrachte mit solchen Dingen, stürzt man nur die herrschende Klasse. Man soll kein Wissen und Erfennen mehren und so den Herrschenden gefährlich werden. Gewerkschaftsbewegung, Bildung und Wissen, wenn Heinrich Heine trotz aller Sorgen und Gefahr von sich sagte: „Ich bin geboren, den Kopf recht hoch zu tragen."

Die Kammermusiker spielten das Andante aus der 5. Sinfonie von Tschaikowsky, die kleine Nachtmusik von Mozart, Scherzo-Sinfonie von Schubert. Dann betrat wiederum der Sprechchor die Bühne, um die Weihung: „Dem Leben entgegen" vorzutragen. Wuchtig klang das prächtige Gedichtlein aus: „Denn mit neuen anderen Mächten, und es sagt, als wüchse eine riesengroße Faust aus dem Boden und ballte sich drohend gegen die Unterdrücker. Den Abschluß der erhebenden Feier bildete der gemeinsame Gesang der „Internationale", die stehend gesungen wurde.

Zum Streik der Bauarbeiter

Die Streikleitung macht bekannt, daß Zuzug nach dem Streikgebiet Halle fernzuhalten ist. Es ist beziehendes für ein Arbeiterblatt, daß es den streikenden Bauarbeitern in den Nöten stellt. Die „Leipziger Volkszeitung" findet sich dazu bereit, für ihre Kollegen Streikbrecher zu werben. Die Firma Kunz & Co. sucht in diesem Blatt Einstaketure für Akkord. Bei der Firma Meiße in der Merseburger Straße 102, hält der Polier Wilhelm Knabe die Lehrlinge an, mit ihm zu arbeiten, und trifft sie mit Schlägen. Die Eltern der Lehrlinge führen sich das nicht gefallen lassen und wollen den Arbeitgeber zwingen, dafür zu sorgen, daß derartige Mißhandlungen unterbleiben.

Die Falsch-Streikenden in den Betrieben

Die Firma Zimmermann & Co., A.-G., in Halle, glaubt die Zeit für gekommen, die Arbeiterschaft dazuend zu provozieren. Nicht genug damit, daß die Arbeiter am Montag der Woche nicht ausgesperrt wurden (in dieser Woche soll zwei und drei Tage ausgeleert werden), sollen sie sich auch noch alle Schikanen gefallen lassen. Wer Gelegenheit hatte, die vergangenen Tage um 4 Uhr nachmittags bei der Firma Zimmermann vorüberzugehen, konnte beobachten, wie ein Ingenieur Locker die Arbeiter einzeln heranholte, um Aufsehl, Zulchen, ja selbst Kleiderstücken zu unterziehen. Wie mir hören, ist es nur in einem Fall gelungen, die Ware zu decken. Bedauerlich ist nur, daß auch ein Betriebsratsmitglied sich ja solchen Schergendiensten bergibt. Man will anscheinend Arbeiter loswerden, um noch mehr Arbeitslosen unterzubringen. Ganz besonders hat man es auf die jüngeren Arbeiter abgesehen. Hierzu ein Beispiel: Schon seit längerer Zeit werden „Arbeiter" eingestellt, die sich später als die Stahlhelmer entpuppen. So wurde kürzlich bei der erwähnten Firma ein „Arbeiter" Gräfe eingestellt, der, wenn er mit Arbeitern zusammenkam, auf die Stahlhelmer, auf die Kronsfolchen usw. schimpfte. Gilt durch die Demonstration am 1.5. März wurde er entlassen. Die betriebsfremden erkannten ihn, als er in Lauftscheln in der Zaßsiten-demonstration marschierte. Am Montag darauf kam nun die Erregung der Arbeiter gegen den Stahlhelmer. Ein Kollege bat ihm eine Abreibung zugedacht. Er bekam sich aber nach rechtzeitig und vergriff sich nicht an ihm. Der Stahlhelmjüngling hatte nun nichts Eiligeres zu tun als, als dieses Vorgang den Werkführer, und Stahlhelmhändler Steinberg mitzuteilen. Der Kollege wurde dann von dem Meister M. mit Rohnale, Laufsprung usw. beschimpft. Es wurde ihm sächsisch mitgeteilt, seinen Akten fertigzumachen und zu gehen. Die Entlassung ist dann auch, trotz des Einspruchs des Betriebsrats, erfolgt.

In der Begründung der Stahlhelmbriefe soll sich besonders der Ingenieur Kellner hervortun. Kellner ist aus Arbeiterkreisen bekannt, wo er sich besonders bei der Technischen Nothilfe und auch beim Streik der Gas- und Elektrizitätsarbeiter hervorgetan hat. Seine Gönnerin kommen wohl Arbeitsnachweis der Technischen Nothilfe, wo er sich eingeschreiben. Wer noch nicht Mitglied des Stahlhelms oder des Arbeiterbundes ist, muß sofort Mitglied werden.

Die Arbeiter der Fa. Zimmermann müssen aus diesen Vorgängen die Schlüsse ziehen, daß es nur ein Mittel gibt, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Sie müssen einig und geschlossen gegen die Stahlhelmer auftreten und sich ihren Betrieben den rechtstatischen Selbstschutz machen. Erst wenn sie das tun, werden sie instande sein, dem ganzen faulfischen Gesindel das Handwerk zu legen.

Kommunistische Jugend. Heute, Montag, abend pünktlich 8 Uhr müssen alle Zeitschriftenverkäufer und der antimilitaristischen Woche zum Abrechnen im „Jugendheim" erscheinen.

Steinachs Forschungen im Film

Im „UT." Lichtspielhaus Alte Promenade läuft zurzeit ein Film, der sowohl in medizinisch-naturwissenschaftlicher wie auch kinotechnischer Hinsicht das größter Interesse bietet. Der Steinach-Film teilt ein Problem mit, an dem sich der wissenschaftliche Arzteter nicht vorübergehen soll. Der Film veranschaulicht einen wissenschaftlich Gebiet moderner Forschung, wo es sich darum handelt, durch künstliche Eingriffe und Experimente Einfluß auf die Wesensentwicklung der Tieren und Menschen zu erlangen. Und gar insofern ist an den Namen Steinach die Verjüngungsarbeit. Was hat es damit auf sich? Wie es im kapitalistischen Zeitalter nicht anders möglich ist, haben sich auf die Steinachschen Entdeckungen schon vor Jahren bei einer Veröffentlichung der Sensationspresse, die Wildtiere, die Zirgeltengels wie ein Schwarm Schmeißfliegen gestürzt, um Zoter und Possen zu fabrizieren. Das ist nun nicht verwunderlich, wenn sie sich auf Wiederbelebung falschen Hoffnungen Anlaß gegeben. An Wirklichkeit hat das ganze Verjüngungsproblem noch im allerersten Anfangsstadium, die Ergebnisse sind recht spärlich und die erhofften Resultate sind noch gar nicht abzusehen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die Filmtechnik jetzt den großen Laienkreis einen tiefen Einblick in die Fragen vermittelt. Weit über eine Stunde wird der Zuschauer durch den Steinach-Film in höchster Spannung gefesselt, obwohl der Film rein lehrhaft ohne direkte Handlung ist. Aber hier entbeilt sich in wunderbarer Weise die Naturanschauung, Experimenten, Tierfilmaufnahmen und Stück Natur. Hier erlebt man, daß die Natur in Wahrheit eine viel gewaltigere Dramatik in sich birgt, als alle Filmscenarien und Filmregisseure ersinnen können.

Steinach geht von der Tatsache aus, daß die innere Sekretion (Drüsenfunktion) bestimmter Drüsen einen entscheidenden Einfluß auf die Wesensentwicklung und die erhaltungen der Tiere und Menschen hat. Schmelz, Talg- und Speicheldrüsen tendieren ihre Sekrete nach außen ab. Andere Drüsen, die die Hoden und Eierstöcke sind, die Nebennieren, die Schilddrüse und Geschlechts- oder Pubertäts (Reifungs-)Drüse sekretieren nach außen nach innen. Das äußere Produkt der Pubertätsdrüsen sind die reifen Geschlechtsprodukte, Samen und Eier, das innere die inneren Sekrete dieser Drüsen bestimmen den geschlecht männlichen oder weiblichen Charakter des Körpers. Die Sekrete der Pubertätsdrüsen wirken auf das Gehirn und erzeugen die mit Mut und Eifer begleitenden und die im Kampf erlahmen. Mancherlei Centnersorgen aus den Schule, wie: Jeder ist keines Gleichen Schmied — tüchtig vermaten, daß Jeder ein Führer Gleichen bringe und den einzelnen herausnehme aus der Masse. Das sei nicht so leicht. Die Entwicklung komme bald. Nur im Zusammenschweißen aller Kräfte liegen die Erfolge, wenn die Kindergruppen zu Kämpfern. Der Redner warnte dann besonders vor übler Verwendung der Freizeit, vor dem Aufgehen in Tanz, Lichtspiel, Zigarettenrauchen und besonders Geschlechtsverkehr. Wenn die Frau Zeit verbrachte mit solchen Dingen, stürzt man nur die herrschende Klasse. Man soll kein Wissen und Erfennen mehren und so den Herrschenden gefährlich werden. Gewerkschaftsbewegung, Bildung und Wissen, wenn Heinrich Heine trotz aller Sorgen und Gefahr von sich sagte: „Ich bin geboren, den Kopf recht hoch zu tragen."

Die Kammermusiker spielten das Andante aus der 5. Sinfonie von Tschaikowsky, die kleine Nachtmusik von Mozart, Scherzo-Sinfonie von Schubert. Dann betrat wiederum der Sprechchor die Bühne, um die Weihung: „Dem Leben entgegen" vorzutragen. Wuchtig klang das prächtige Gedichtlein aus: „Denn mit neuen anderen Mächten, und es sagt, als wüchse eine riesengroße Faust aus dem Boden und ballte sich drohend gegen die Unterdrücker. Den Abschluß der erhebenden Feier bildete der gemeinsame Gesang der „Internationale", die stehend gesungen wurde.

Erhöhung der Einkommensgrenzen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene

Vom Internationalen Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Halle, wird uns geschrieben:

Das Reichsarbeitsministerium gibt im „Reichsversorgungsblatt" vom 9. März 1923, Blatt 10, Nr. 170 und 171 folgendes bekannt: „Die im § 45, Abs. 2, angegebene Grenze des einkommensteuerpflichtigen Jahreseinkommens wird, wenn das Jahreseinkommen von 1922 zugrunde gelegt wird, bis auf 50 000 Mk. für Ehepaar und 50 000 Mk. für einen einzelnen Elternteil auf 55 000 Mk. erhöht." Von dem Gesamteinkommen sind noch für jedes zur Versorgung der Eltern zählende minderjährige Kind, welches selbst zur Einkommensteuer veranlagt ist, außerdem 61 000 Mk. sowie die tatsächlich nachweisbaren Beträge für Werbungskosten abzusetzen. Alle Kriegsopfer, deren Nimmer auf Elternrente gesetzt wurde, weil ihr Einkommen die bisher geltenden Einkommensgrenzen überschritt, müssen sofort einen Neuantrag bei der Fürsorge stellen. Eine Nachprüfung von Amts wegen findet nicht statt. Ebenso es mit Neuanträgen, die bisher abgelehnt werden, unter Bezugnahme auf obige Verordnung.

Zu § 65, Nr. 1, wird folgendes verordnet: „Die Einkommensgrenzen, welche zufolge § 65 Nr. 1 Abs. 2 Satz 1 für die Gewährung des Jahreseinkommens von 1922 zugrunde gelegt wird, ruht das Recht des Beschädigten auf Versorgungsgebührnisse bei einem nach Ablauf des Jahres der Versorgungsgebührnisse verbleibenden Einkommen von 200 000 Mk. in Höhe von einem Zehntel der Versorgungsgebührnisse auszuschließen der Pflegezulage. Für jede weiteren 10 000 Mk. ruht ein weiteres Zehntel." Von dem Gesamteinkommen sind noch von den zulässigen Werbungskosten abzuziehen, für die Ehefrau noch 3700 Mk. und für jedes zum Haushalt zählende minderjährige Kind, das nicht selbst zur Einkommensteuer zu veranlagen ist, noch 6100 Mk. abzuziehen. Die Versorgungsgebührnisse auf Grund der Ruhensbestimmungen ein Teil ihrer Rente ruht, haben sich sofort einen Vorhaussatz für das Kalenderjahr 1922 zu bestimmen, um ihren Antrag Versorgungsgebührnisse auf Grund des Jahreseinkommen des Kalenderjahres 1922 bei den Ruhensbestimmungen zugrunde gelegt werden soll. Diejenigen, bei denen nichts gerufen hat, dürfen keinen solchen Antrag stellen. Auch diejenigen, bei denen das Einkommen über 55 000 Mk. ist, dürfen keinen Antrag stellen, da sonst noch mehr Zehntel, als bisher, in Abzug gebracht werden. Wenn der vorher genannte Wert bis zum 1. April 1923 gestellt wird, kommt er noch nicht in geltenden Bestimmungen rückwirkend vom 1. Oktober 1922 in Frage. Wer später gestellten Anträgen tritt die neue Ruhensbestimmung rückwirkend vom 1. des Antragsmonats ab in Kraft. Es muß also sofort, und vor dem 1. April 1923, der Antrag beim Versorgungsamt gestellt werden.

Volkskonzerte im Volkspark

Die für die Einrichtung von Volkskonzerten im „Volkspark" eingesetzte Kommission hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und festgelegt, daß vom 1. Mai regelmäßig große Konzerte im Garten des „Volksparks" in der Zeit von 4-8 bis 9-11 Uhr abends unter Leitung des Musikvereins Gesang und Musikvereins Harmonie stattfinden soll ein Drittel des Stundenlohnes eines Gemeindearbeiters (200 bis 300 Mk.) betragen. Die Stammkarte wird für die ganze Sommerzeit etwa 2000 Mk. für den Monat 700 Mk. kosten. Den Familienangehörigen der bei einer Stammkarte verbundenen Arbeiter werden gegen einen ganz mäßigen Aufschlag weitere Karten zur Verfügung gestellt. Die Festlegung der Konzerte und den Ausbau des Parks nimmt der Arbeiter-Bildungsausschuß in die Hand. Da die Vorgeschlagung auf Stammkarten wesentliche Vorteile bietet, raten wir allen Genossen, sich in die Listen einzeichnen zu lassen. Die nom Genossen nächster Woche in sämtlichen Bureaus der Gewerkschaften und Parteien der KPD., der SPD., im „Volksotel", im „Volkspark", in der „Produktiv-Genossenschaft", in den Büchern des Allgemeinen Konsumvereins und in den Volksbuchhandlungen aufliegen.

**Brutale Mißhandlungen eines Arbeiters durch Spitzelbanditen. Am Freitag, dem 16. März wurde der Schlosserlehrling des 14. Jahrgangs bei der Firma Paul Meuch, aus der Schmiedstraße, als er aus dem Restaurant „Gambrinus" heraustrat und mit anderen Arbeitern zusammen nach einem Spiegel, das Arbeiterlokal aufsuchen wollte, von Spitzeln, die sich auf dem Weitmegl in Verfolgung befindlichen männlichen Körper einer Rotte den Samenstrang der einen Seite ab. Dadurch verkümmerte der nach außen abhängende, alle Samenkörperchen produzierende Anteil der Reifungsdrüse. Der nach innen abhängende Anteil nahm aber gewaltig zu, belebte den ganzen Körper und wirkte auch wieder neuangesagt auf die Pubertätsdrüse zurück. Steinach hat auch Hoden von jungen Tieren auf alternde verpflanzt. Der Film zeigt die erstaunlichen Wirkungen dieser Experimente. Das alte Kastrationsmänchen „Methusalem" z. B. das bei nur noch langsamen und müde fortbewegt, dem junge Kastrationsweibchen ganz „wurlsch" sind, wird durch die Operation so verjüngt, daß es in Kuscheln, Bewegung, Appetit und Fortpflanzungstätigkeit fast wieder einem Jüngling gleicht. Auch bei Menschen wurde die „Steinach-Operation" vorgenommen. Die Filmaufnahmen von den „Versjüngten" sind allerdings verblüffend. Man sieht z. B. einen Tier mit allen weiblichen Eigenschaften wird; Knochenbau und Kopfform verändern sich, das Tier nimmt Junge an und betreut sie als fürsorgliche Mutter.

Der Steinach-Film ist ungeheuer reichhaltig an packenden Motiven, und es ist in einer kurzen Besprechung natürlich unmöglich, diese Reichhaltigkeit auch nur anzudeuten. Hervorzuheben sind noch die herrlichen Naturaufnahmen, Tiere, Tiere, Tiere, Tiere, Hunde usw., um die Verschiedenheit der äußerlichen Geschlechtsmerkmale zu veranschaulichen. Etwas eigenartig tritt in diese harmonisch Gesamtbild der Mensch auf. Aber ich ist es ja so, wie „Gott" ihn geschaffen hat, tritt der Mann wie Siegfried mit einem Bärenfell bekleidet und die Frau mit einem dünnen Schleier behangen auf. Aber das wird auch auch so „dem Gott" — der bürgerlichen Welt — zurückbrechen sein. Dieser „bürgerliche Gott" ist nämlich auch schuld daran, daß wir nicht öfter solche Lehrfilme in populärer Fassung vorgeführt bekommen. Die Welt des Kinos ist „sittlich", auf das Geschlechtliche, und auch noch mit dem blühenden Kinokitsch an, wenn er nur recht widerwärtig und sentimental oder schlüpfrig oder nationalistisch ist. Dagegen erhebt dem Film „Steinachs Forschungen" im Promenade, Dank zur Vorführung dieses kulturfördernden Films.

Verantwortlich: Willi Eildermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroß, Halle, Lerchenfeldstraße 12.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101923026-16/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Filmjagden in Ost-Aequatorialafrika

Von P. O. Herrmann (Halle)

III. Jagd auf Giraffen und Nashörner*)

Nachdem wir nun noch von Krokodilen Filmaufnahmen gemacht hatten, brachen wir unser Lager ab und zogen südwärts weiter, dem herrlichen See Kikubi entgegen. Immer und überall sorgte uns Afrikas Natur für reiche Abwechslung. Bald wurden wir hohe, wild zerklüftete Berge erklimmen, bald wieder dichten Urwald durchstreifen und bald waren wir Steppen und Sandwüste durch uns meilenweit auf unserem Marsche begleiten.

Diese Steppen waren unser nächstes Ziel, denn auf ihnen wohnen die Giraffen, die Tiere, bei denen Erfolg man sich heute um Jahrtausende zurückversetzt fühlt, die den Menschen an unsere ehemalige Urtierwelt erinnern. Noch in den 90er Jahren waren herden dieser seltsamen Gestalten sehr zahlreich, doch sind sie fast ausgerottet. Und es wird nicht mehr lange dauern, dann wird auch das letzte Tier das ausgesprochene Merkmal der afrikanischen Steppe — von „Kulturvölkern" erlegt sein.

Fünf Tagereisen nördlich vom Victoria-Nyanza treffen wir die ersten Giraffen an. Doch es ist leicht möglich, daß uns solche Tiere bereits früher begegnet waren, wir sie jedoch bald ihrer wunderbaren Anpassungsfähigkeit (Mimikry) an den Steppencharakter nicht bemerkt haben.

Doch hier sollten wir Gelegenheit haben, sie sagen zu können, nicht mit Pulver und Flinte, wohl aber mit der Kamera. Wie früher, schickten wir sofort nach Aufrichtung unseres Lagerzeltes unsere Kundschafter aus um uns von Wildfährten zu benachrichtigen. Und es wird nicht mehr lange dauern, dann wird auch das letzte Tier das ausgesprochene Merkmal der afrikanischen Steppe — von „Kulturvölkern" erlegt sein.

Fünf Tagereisen nördlich vom Victoria-Nyanza treffen wir die ersten Giraffen an. Doch es ist leicht möglich, daß uns solche Tiere bereits früher begegnet waren, wir sie jedoch bald ihrer wunderbaren Anpassungsfähigkeit (Mimikry) an den Steppencharakter nicht bemerkt haben.

Doch hier sollten wir Gelegenheit haben, sie sagen zu können, nicht mit Pulver und Flinte, wohl aber mit der Kamera. Wie früher, schickten wir sofort nach Aufrichtung unseres Lagerzeltes unsere Kundschafter aus um uns von Wildfährten zu benachrichtigen. Und es wird nicht mehr lange dauern, dann wird auch das letzte Tier

Am anderen Morgen sollte ich die Karawane abermals ein, ein Zelt bild im Lager zurück, während der Jäger mich begleiten sollte. Nicht lange sollte unsere Geduld auf die Probe gestellt werden. Schon von fern sahen wir am Horizont die Schatten einer Giraffenherde. Sie waren nur wenig, sie waren nur ihre Körperlinien verfließen im Dunst der heißen Steppe. Nach eine Stunde beschwerlichen Marsches und wir hatten uns auf kurze Entfernung an die Herde herangeschlichen, ohne von ihr gesehen zu werden. Jetzt hatten uns die Stämme des Akazienwaldes hinreichend Schutz, um die Tiere genau beobachten zu können. Es waren fünf Stück. Die Tiere hielt gerade einen Kuhl, etwa 200 Meter weit von Weibchen mit einem jungen Tiere. Doch konnten wir noch nicht mit unserer Aufnahme beginnen, da wir die denkbar ungünstigsten Verhältnisse hatten. Neben des Alttiergeweihes lag ein Mimosenbusch und zwischen beiden war ein Stück freier Steppe. Wir wußten nun bestimmt, in das Mimosengebüsch zu gelangen, die Steppe zu umgehen und dann erst unsere Aufnahme zu machen. Wir waren nur wenige Schritte vom Gebüsch entfernt, wir sahen bereits die Blätter des Mimosenbusches, wir waren nur noch